

Die Freiheit erscheint wöchentlich und nachmittags, am Sonn- und Festtagen am morgens...

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Verleger: Kurt Nordens 2995 und 2996.

Inhalte kosten bis achtzig Pf. Kompartimente oder deren Raum 20 Pf. Keine Anzeigen...

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.
Verleger: Kurt Nordens 2995.

Freiheit
Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Referendum für Schleswig.

Der kommende Friede.

Paris, 16. April. (Diplomatischer Situationsbericht.) Am Dienstag hatte der Vierzehn eine kurze Beratung...

Die Außenminister der Vereinigten Staaten, Englands, Frankreichs, Italiens und Japans hielten am Dienstag eine Besprechung...

Die offizielle Einladung an die deutschen Delegierten ist noch nicht ergangen, wird aber wahrscheinlich heute durch General Rubant erfolgen...

Die deutschen Vertreter werden am 25. April in Versailles eintrafen. Die Besprechungen werden wahrscheinlich sofort ein oder zwei Tage später beginnen...

Cloyd George für einen gerechten, aber strengen Frieden.

London, 16. April. Cloyd George wurde bei seinem Erscheinen im Unterhaus mit lautem Beifall begrüßt. Er sagte, es sei seine erste Überzeugung...

Die Entente will auch Rohstoffe liefern.

Ein amtlicher Bericht aus Paris besagt, daß der Oberste Wirtschaftsrat den Plan aufgegeben habe, der deutschen Regierung...

Verstärkter Belagerungszustand in Jzerlohn.

Jzerlohn, 16. April. (W. Z. B.) Hier kam es am Sonntag gelegentlich einer Protestversammlung gegen die neu gegründete Stadtwehr...

16 Köpen. Ein Schußmännchen wurde von Demonstranten im Rathaus in einer Zelle erschossen.
Aus Anlaß dieser Ereignisse ist heute früh das westfälische Freiwilligenkorps Lichtschlag hier eingetroffen...

Maerker, der Diffamator.

Magdeburg, 16. April. Gestern abend teilte der Volkseigenen Otto Dextler dem General Maerker telefonisch mit, daß Vertreter der Braunschweiger Regierung heute in Magdeburg eintreffen würden...

Ein Einigungsversuch in Bayern.

Kugsburg, 16. April. Der Bahn-, Post- und Fernsprecheverleiher nach München ist heute wieder unterbrochen. Jeder Versuch, nach München zu gelangen, ist mit Lebensgefahr verbunden...

Keine preussischen Truppen gegen München.

In verschiedenen aus Bayern in Berlin eingelaufenen und veröffentlichten Nachrichten über die Vorgänge in München war mitgeteilt worden, die bayerische Regierung glaube, der Bewegung in München nur mit Hilfe preussischer Truppen Herr werden zu können...

Die Petersburger Arbeiter gegen den Streik.

Wladimir, 15. April. Die „Petrogradskaja Prawda“ meldet, sahie das Plenum des Petrograder Sowjets in seiner letzten Sitzung einen Beschluß, der den Streik als Kampfmittel im Arbeiter- und Bauernrat zu verurteilen begründet wurde...

Die Verwirrung des Proletariats.

Von Friedrich Wagner.

Bis zu den Tagen der Kriegspolitik der Mehrheitssozialisten und der Gewerkschaften war dem Proletariat die Erkenntnis seiner Klassenlage im politischen und ökonomischen Sinne ziemlich leicht gemacht...

Der Sieg des Proletariats war klar zu erkennen. Seit den Augusttagen 1914 ist dies leider anders. Der nationale Kampf hatte auch das Proletariat ergriffen...

Es kam die Revolution des 9. November. Es kam der Sieg des Proletariats. Und plötzlich erwarteten auch die Mehrheitssozialisten zu Revolutionären, trotzdem sie einen Tag früher noch bürgerliche Leute waren...

Aber dieser Klassenkampf ist heute ungleich schwerer als früher! Große Teile des Proletariats, die blindlings im Geolge der Mehrheitssozialisten einhergehen...

So ist vielen Arbeitern die Verfallung des Wesens der Sozialdemokratie seitens der Mehrheitssozialisten noch nicht aufgefallen, die darin liegt, daß diese plötzlich auf das zweite Wort: Demokratie, das Hauptgewicht legen!

Das trotz seiner sozialen Fesseln fast idealistisch veranlagte deutsche Proletariat, das in seiner Mehrheit nicht klar genug erkennt, daß es für ihn eine politische Freiheit ohne gleichzeitige ökonomische Befreiung nicht geben kann...

Bekennnis zur Demokratie seitens des Proletariats bedeutet aber nicht, und darf nicht dazu ansetzen, die politischen und sozialen Interessen der proletarischen Klasse zu vergessen oder zu verraten. Die Demokratie muß kommen, und wird erst dann eine wirklich kulturelle Einrichtung sein, wenn sozialer Klassengeist verschwunden und die soziale Befreiung des Proletariats zum mindesten aus den Fesseln kapitalistischer Wirtschaftsweise gelöst ist. Es kann also trotz dieser „Demokratie“ gar keine Rede davon sein, daß wir irgendwelche sozialistischen Errungenschaften haben. Darüber dürfen auch die sozialistischen Minister nicht hinwegtäuschen.

Ein weiteres, das Proletariat verwirrendes Moment ist, daß die mehrheitssozialistische Koalition, deren Mitglieder vom Proletariat als Sozialdemokraten nun einmal gefront sind, diese Sache proletarischen Vertrauens weiterbenutzen, um all das, was ihren Koalitionshänden entspringt, als „sozialdemokratische“ Notwendigkeit und „demokratische Errungenschaft“ zu bezeichnen. Die meisten Arbeiter, die diese Sanktionsfolgerungen ablehnen, begreifen nicht, daß sie in diesem Augenblick damit eine moralische Oberstufe von ihren „Vertretern“ erhalten haben. Denn nie und nimmer dürften es die Mehrheitssozialisten wagen, Machtwort und Handlungen der letzten Zeit als „sozialistisch“ zu bezeichnen, wenn sie nicht innerlich von der Urteilslosigkeit des Proletariats überzeugt wären. Aus diesem Grunde kann man den Arbeitern rathen, daß sie unter der Herrschaft der heutigen Koalition, trotz Wahlrecht, trotz Demokratie, noch mehr nur Objekt in der Politik sind als unter dem alten Regime. Nur daß sie nicht mehr im Namen des Königs verdroschen werden, sondern — in seinem eigenen Namen!

Eine weitere ungewollte Verwirrung stiften die Blätter der Mehrheitsrichtung. Vom Standpunkt des Journalisten aus sind sie in einer fast bedauerlichen Nahe. Sie sollen einerseits die Aufgabe lösen, alles, was von „oben“, von ihren regierenden Freunden (in wirklichem Sinne) kommt, als „sozialdemokratisch“ rühmen. Andererseits sollen sie aber auch, wenn durch diesen „Sozialismus“ die Arbeiter studia werden, und das ist jetzt häufig der Fall, in Radikalismus, in Opposition gegen ihre Freunde münden. Das ist auch der Grund, daß einem bei den Mehrheitsblättern auf der ersten Seite der Regierung „sozialismus“, auf der zweiten Seite die Opposition dagegen, auf der dritten Seite fast überradikales Betue gegen irgendeinen Beamten oder Offizier, auf der vierten Seite aber schon wieder die Anzeigen der Freiwilligenkorps besprochen.

Diese Verwirrung des Proletariats nebt eine Reklame. Dann verhält sie. Gesunder Menschenverstand setzt sich auch durch diesen „sozialistischen“ Prok. Aber bis dahin bedeutet sie leider doch eine Erschwerung und Verkleinerung des Klassenkampfes.

Verpätete Einsicht.

Berlin, 16. April.

Der Reichsminister des Innern Graf Brockdorff-Rantzau gewährte dem Vertreter der „Neuen Freien Presse“ eine Unterredung, die folgenden Verlauf nahm:

Der Besucher fragte den Reichsminister, ob er die Nachrichten in der Presse über die Uneinigkeit der Ministern in Paris gelesen und davon gehört habe, daß man vernunf, Deutschland werde diese Uneinigkeit ausnützen, um den einen gegen den anderen anzukämpfen.

Der Reichsminister antwortet: „Allerdings habe ich die Meldungen der Presse über diese Vorgänge gelesen, aber ich glaube, daß man diese Uneinigheiten nicht überschätzen darf. Die Verbindung zwischen unseren Gegnern hat vier Kriegsjahre überdauert. Das schafft soziale Gemeinsamkeiten, soziale Fäden von einem Land zum anderen, daß ich nicht recht an Schwierigkeiten glauben kann, die so unüberwindlich wären, daß sie einen Bruch zwischen unseren Gegnern herbeiführen könnten.“

Darauf äußerte der Korrespondent: „Wir haben aber Grund anzunehmen, daß es Uneinigheiten sehr starker Natur sind, die sich auf der Konferenz geltend machen.“

Der Reichsminister entgegnete: „Sie wollen mir also durchaus die Rolle eines Talleyrand bei der kommenden Friedensbesprechung aufzudrängen. Aber es kommt heute auf ganz andere Dinge an als vor hundert Jahren. Gewiss nehmen die Mächte selbst aktiv an dem Gang der Geschichte teil. Das gibt einen ganz anderen Hintergrund für Friedensverhandlungen. Außerdem wäre es auch ein höchst interessantes Unterfangen, den einen unserer Gegner gegen den anderen auszuspielen zu müssen.“

Es besaßen hier viel zu nahe Beziehungen, als daß ein solcher Versuch nicht bald ans Tageslicht käme. Ich glaube, daß es der Friedensdelegierten einer Nation von hiesig Millionen würdiger ist, offen und ehrlich alle Gegner von der Rechtmäßigkeit alles dessen zu überzeugen, was wir erstreben, als durch heimliches Intrigenspiel die politische Atmosphäre, die noch immer von der ganzen Hebe der Kriegsmächte vergiftet ist, bereits wieder mit neuem Explosivstoff zu füllen. Nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt hat in diesen vier Jahren so schwere Wunden davongetragen, daß alle an einem möglichst gezeigert verlaufenden Heilprozeß interessiert sein müssen. Vor allem, was die ökonomische Sanierung der Welt angeht, so muß allen unseren Gegnern gleich viel daran gelegen sein, daß wir die Fähigkeit behalten, unsere Verpflichtungen nachzukommen, ebenso wie wir daran interessiert sind, in unserem künftigen Handelsverkehr mit Kontrahenten zu tun zu haben, auf deren Solidität wir uns verlassen können. Es ergeben sich hieraus für alle Teilnehmer der endgültigen Friedensbesprechungen so viele gemeinschaftliche Interessen, daß bei einigermaßen gutem Willen ein Boden für eine christliche Verständigung gegeben ist. Christliche Verständigung aber bedeutet uns Rechtsfrieden. Ein Talleyrand, der Politik mit Personen und nicht mit Völkern treibt, würde einen solchen jedoch heute ebensowenig zustande bringen wie vor hundert Jahren.“

Bisher hat die auswärtige Politik Deutschlands diesen Grundfragen allerdings sehr wenig entsprochen. Es stünde besser um Deutschland, wenn die Boradnaer Brockdorff-Rantzau die von ihm jetzt geforderte Ehrlichkeit und Rechtmäßigkeit atmet hätten.

Eine unbegreifliche Stellungnahme.

Wie werden am Aufnahme folgender Zuschrift ersucht: „Der auf dem Eisenbahner-Kongress in Frankfurt a. M. gebildete provisorische Zentralrat ist am Dienstag vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten nicht empfangen worden. Infolgedessen ist dem Ministerium sofort folgende Erklärung schriftlich überreicht worden:“

„Der heute im Ministerium erscheinende provisorische Zentralrat der Eisenbahner-Belegschaft Deutschlands bedauert die ihm erteilte Antwort, daß er vom Ministerium nicht empfangen werden könne. Er erklärt, daß er trotzdem seine Lage hier in Berlin in Gemeinschaft mit der Organisation im Interesse der Eisenbahner verfolgen und aus wird, was er demgemäß für notwendig hält. Er lehnt jede Verantwortung für die Folgen, die aus der ablehnenden Haltung des Ministeriums entstehen können, voll und ganz ab. Kurt Ulrich, Stellv. Obmann.“

Wirtschaftskongress und Räteystem.

Der Deutsche Wirtschaftskongress beendete am Mittwoch seine dritte Rundgebung, die sich mit dem im Mittelpunkt des Interesses stehenden Fragen der Kammer der Arbeit und des Räteystems beschäftigte. Ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums begründete den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf, ihn nicht scharf gegen den Reichsrat der Deutschen Sozialistischen Republik, entgegen, der das lange Gaudern und Säumen der Regierung und die zu spät erfolgten Konzeptionen tadelte, die nur neue Vergeßlichkeit gewekt hätten; auch bemängelte er die Beschränkung der Kompetenz des Reichswirtschaftsrates, die die Regierung vorzunehmen wolle. Oekonomist Dr. von Kistner warnte dagegen, schematisch Gedanken für die industriellen Berufe gelten, auf die Landwirtschaft zu übertragen und dadurch deren Produktionsfähigkeit zu verringern. Dr. Hölle sprach für die Angelegenheitsverbände, die er ebenfalls das Recht der Mitbestimmung beim Entschlußprozeß unter Bezugnahme auf den gegenwärtigen Streik in Anspruch nahm. Richard Müller vom Volksgenrat der Eisenbahner betonte, daß auch er den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft durch seine Arbeit zu fördern beabsichtige. Er leistete es sich als besonderes Verdienst an, daß er in einer Zeit, in der die Handarbeiterschaft die Verbindung mit den Intellektuellen von sich weisen wolle, stets für die Gleichberechtigung von Kopf- und Handarbeitern eingetreten sei und die Notwendigkeit, auch die Intellektuellen zur Mitarbeit beim Produktionsprozeß heranzuziehen, immer verstanden habe. Er begrüßte, wie die anderen Redner, die Möglichkeit einer verständlichen Aussprache durch den Deutschen Wirtschaftskongress. Generaldirektor Brämann schloß die Rundgebung, indem er einträufelnd darauf hinwies, daß sich Handarbeiterschaft aller Gegenfährlichkeiten grundsätzlich auf den Zeitpunkt der Schaffung eines Wirtschaftsparlamentes gestellt habe und von diesem Förderung und Beförderung des Wirtschaftsaufbaus erwarte.

Der Generalstreik der Angestellten.

Der Generalstreik der Angestellten steht unmittelbar vor der Verwirklichung. Die Angestellten vieler Betriebe, mit Ausnahme der lebenswichtigen Betriebe und der Förderungsinstitute, haben sich bereits gestern dem Streik der Angestellten der Metallindustrie und der Bankbeamten angeschlossen. Alle Warenhäuser sowie die größeren Kaufhäuser haben ihre Betriebe geschlossen.

Die Verhandlungen, die unter dem Vorsitz von Regierungsdirektoren unter Hinzuziehung des Volksgenrats hiesiger Angestellten, Bankbeamten und den Unternehmern stattgefunden haben, haben bisher noch kein Ergebnis gezeitigt. Die Unternehmer sind nicht geneigt zu Zugeständnissen, die den Konflikt gütlich beilegen würden.

Ausbreitung des Streiks.

Auf Veranlassung des Volksgenrats fanden gestern 6 Uhr abends Verhandlungen zwischen dem Verband der Berliner Metallindustriellen und der Zentralstreikleitung der Angestellten der Metallindustrie statt. Den Vorsitz führte Drusus Kollendanz. Die Regierung war durch Ministerialdirektor Krüger vertreten. Die Angestelltenvertreter schlugen vor, die in der letzten Besprechung im Volksgenrat von Generaldirektor Brämann gemachten Vorschläge als Verhandlungsgrundlage zu nehmen. Die Unternehmervertreter widersprachen dieser geschäftsordnungsmäßigen Anregung, da sich für sie infolge des inzwischen ausgebrochenen Generalstreiks die Stellung zu den Forderungen der Angestellten geändert habe. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte zogen sich die Unternehmer zu einer Sonderberatung zurück, um ihrerseits Vorschläge für die Verhandlungsgrundlage zu machen.

Im übrigen wird uns berichtet, daß der Generalstreik der Angestellten bereits großen Umfang angenommen hat und daß noch den vorliegenden Beschüssen für heute noch zahlreiche weitere Betriebe in den Ausstand treten werden. Ebenso liegen auch hier bereits aus dem Reich Anfragen vor, ob eine Beteiligung der kaufmännischen und technischen Angestellten an anderen Orten erfolgen soll. Die Zentralstreikleitung und die Obleute haben sich bisher auf den Standpunkt gestellt, von diesem weiteren Mittel der Verhärterung des Generalstreiks vorerst noch Abstand zu nehmen. Ebenso wurde erneut beschlossen, die elektrischen Betriebe, die mit der Stromversorgung zu tun haben, bis auf weiteres noch nicht in den Streik einzubeziehen.

Die Obleute dieser Betriebe versammelten sich aber heute wiederum, um zu der gegebenen Situation Stellung zu nehmen. Weiterhin sagte im Rufus Buch eine Versammlung der streikenden Angestellten der A. E. G., die sich mit der gegenwärtigen Lage des Angestelltenkampfes befaßte und gegen die vom „Berliner Tageblatt“, von der „B. Z.“ und anderen bürgerlichen Blättern betriebene Streikabsolage scharf protestierte.

Gestern morgen sind auch die Angestellten der Waren- und Kaufhäuser in den Ausstand getreten. Auch die Angestellten der Bedarfsbranche haben sich dem Generalstreik angeschlossen. Die größeren Spezialgeschäfte sind gleichfalls geschlossen. Überall sah man versperrte Fenster und Eingänge. Auch bei den Warenhausangestellten handelt es sich um die Durchführung des Mitbestimmungsrechts bei Einstellung und Entlassung.

Die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband des Einzelhandels sind ohne Ergebnis zu Ende gegangen. Die Unternehmer hatten zuerst einen Kompromißvorschlag eingebracht, der die Anerkennung des Mitbestimmungsrechts bis zur Erledigung durch ein Gesetz vorsah. Später wurde dieser Kompromißvorschlag erweitert, indem der Arbeitgeberverband sich bereit erklärte, das Mitbestimmungsrecht grundsätzlich für die ganze Dauer des Tarifvertrages anzuerkennen. Nur sollte bei Inkrafttreten des Gesetzes von beiden Parteien das Mitbestimmungsrecht entsprechend diesen Bestimmungen geändert werden. Dieses letztere Zugeständnis hat der Arbeitgeberverband aber wieder zurückgezogen. Eine Verständigung ist deshalb nicht zu Hande gekommen.

Entschlossener Wille.

Nach den bisher eingelaufenen Resultaten über geheime Abstimmungen in den Betriebsversammlungen zeigt es sich deutlich, daß die überwiegend große Mehrheit aller Angestellten der Groß-Berliner Betriebe jeglicher Art sich zur Entfaltung des Mitbestimmungsrechts für den Streik erklärt haben. Aus allen Teilen des Reichs kamen Sympathieunterstützungen ein. Die Zentralstreikleitung hat gestern morgen die Frage der Angestellten in den Stromversorgungsanstalten nochmals geprüft. Es bleibt einmütlich nach dem Beschluß, die Angestellten dieser der Allgemeinheit dienenden Einrichtungen in den Betrieben zu belassen. Jedoch treffen sich alle Obleute dieser Branchen am Donnerstag, vormittags 10 Uhr, im Zentral-Bussial. Hier wird es sich entscheiden, ob sich die Angestellten

wirtschaftsrates, die die Regierung vorzunehmen wolle. Oekonomist Dr. von Kistner warnte dagegen, schematisch Gedanken für die industriellen Berufe gelten, auf die Landwirtschaft zu übertragen und dadurch deren Produktionsfähigkeit zu verringern. Dr. Hölle sprach für die Angelegenheitsverbände, die er ebenfalls das Recht der Mitbestimmung beim Entschlußprozeß unter Bezugnahme auf den gegenwärtigen Streik in Anspruch nahm. Richard Müller vom Volksgenrat der Eisenbahner betonte, daß auch er den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft durch seine Arbeit zu fördern beabsichtige. Er leistete es sich als besonderes Verdienst an, daß er in einer Zeit, in der die Handarbeiterschaft die Verbindung mit den Intellektuellen von sich weisen wolle, stets für die Gleichberechtigung von Kopf- und Handarbeitern eingetreten sei und die Notwendigkeit, auch die Intellektuellen zur Mitarbeit beim Produktionsprozeß heranzuziehen, immer verstanden habe. Er begrüßte, wie die anderen Redner, die Möglichkeit einer verständlichen Aussprache durch den Deutschen Wirtschaftskongress. Generaldirektor Brämann schloß die Rundgebung, indem er einträufelnd darauf hinwies, daß sich Handarbeiterschaft aller Gegenfährlichkeiten grundsätzlich auf den Zeitpunkt der Schaffung eines Wirtschaftsparlamentes gestellt habe und von diesem Förderung und Beförderung des Wirtschaftsaufbaus erwarte.

obiger Branchen schon dem allgemeinen Streik anschließen werden, wie sie es von Anfang an als Sympathieunterstützung und zur Erlangung des Mitbestimmungsrechts wollten.

Regierung und Mitbestimmungsrecht.

Von einer dem Verband Berliner Metallindustriellen und hiesigen Angestellten übermittelten Korrespondenz folgt:

Die Vertreter der Metallindustriellen, die kürzlich in Weimar befanden, hatten Gelegenheit mit Ministerpräsident Scheidemann, den Ministern Bauer und Brüning in der Frage des Mitbestimmungsrechts zu verhandeln. Regierung steht auf dem Standpunkt, daß ein Mitbestimmungsrecht der Angestellten bei der Einstellung keine rechtliche Bedeutung besitzt. Sie will jedoch den Angestellten hier entgegenkommen, ohne freilich die Schwierigkeiten dieser Frage zu verkennen. Eine gewisse Grundlage ist in den bei den Verhandlungen im Volksgenrat von Ministerialdirektor Brämann gemachten Vorschlägen zu erkennen. Minister Bauer steht auf dem Standpunkt, daß vor allem das Streikverbot die Angestellten nicht zu einer Anerkennung der Tatsachen kommen läßt. Die Regierung dürfte von einem Reizesetz gänzlich ablassen. Es besteht auch kaum die Aussicht, daß der Demobilisationskommissar auf Grund seiner Befugnisse dem damals geschlossenen Spruch zur Wirkung verhilft. Die Regierung ist entschlossen, in aller Eile der Nationalversammlung einen Entwurf über das Mitbestimmungsrecht vorzulegen, das demnächstige Verabschiedung finden wird.

Diese Auffassung der Regierung steht mit den Forderungen der Angestellten in tödlichem Widerspruch. Es ist doch vollkommen berechtigt, wenn sich die Angestellten nicht durch Verträge abweisen lassen wollen, sondern jetzt die sofortige Anerkennung des Mitbestimmungsrechts verlangen.

Die Angestellten der Kriegsgesellschaften.

Eine vom Zentralverband der Handwerker und Angestellten einberufene Versammlung der bei den Kriegsgesellschaften beschäftigten Mitglieder fand am Mittwoch im „Müllerpalast“ statt. Kollege Lillich hielt einen Vortrag über das Mitbestimmungsrecht der Angestellten. Auch die Angestellten der Kriegsgesellschaften haben alle Ursache, sich ihrer wirtschaftlichen Lage bewusst zu werden. Sie sind ebenfalls ein Teil der Arbeiterschaft; denn Kopf- und Handarbeitern gemeinsame Interessen haben der Verbesserung der Lage der Angestellten auch ihr Mitbestimmungsrecht. Vorwiegend sollte dabei der Kampf der Arbeiter um das Räteystem sein, der mit aller Energie geführt wird. Mit der Aufforderung, für die restliche Auffassung der Angestellten zu wirken, schloß der Referent seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag.

In der anschließenden Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß es ganz besonders in den Kriegsgesellschaften unzulässigen Elementen gelangen sei, in die Angestelltenauschüsse zu kommen. Darum sind die meisten Angestellten keine Interessensvertretung der Angestellten und müssen nicht gewählt werden. Die jetzigen Angestelltenauschüsse der Kriegsgesellschaften haben die Hauptschuld an der Ablehnung des Räteystems in dieser Branche. Es ist darum unbedingt notwendig, daß die Angestellten ihre neuwählenden Vertreter genau auswählen, damit die Angestelltenauschüsse wirkliche Interessensvertretungen der Angestellten werden.

Kampf auch in Potsdam.

Der wirtschaftliche Kampf der kaufmännischen Angestellten von Groß-Berlin hat nun auch auf Potsdam übergriffen. Infolge der fortwährenden Verschleppung der Verhandlungen, mit denen der Verband der Waren- und Kaufhäuser die Tarifverhandlungen hinzuziehen verstand, ist eine Angestelltenkommission der Potsdamer Warenhäuser R. Siegel, H. Schwarz der Entschluß gefaßt, das Mitbestimmungsrecht ihrer Ausschüsse unabhängig von dem in Berlin stattfindenden Verhandlungen zu fordern. In einer von sämtlichen Angestellten besuchten Versammlung dieser beiden Häuser wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt, daß das von den Arbeitgebern gemachte Angebot ganz unzureichend ist. Die Angestellten sehen sich daher gezwungen, das ihnen zu Gebote stehende Mittel, den Streik, in Anwendung zu bringen, um die gerechte Forderung durchzusetzen. Die Angestelltenvertretungen sind jederzeit bereit, mit den Geschäftseinstellungen zu verhandeln, jedoch nur unter Hinzuziehung einer Vertretung ihrer bürgerlichen Gewerkschaft, dem Zentralverband der Kaufmännischen Angestellten.

Gegen die Lügen.

In der gestrigen „B. Z.“ wird der Zentralstreik der Angestellten der Gewerkschaft gemacht, mit unzulässigen Mitteln zu arbeiten. Wir betonen, von der Zentralstreikleitung in der Versammlung am Montag den 14. April, die Weisung erhalten zu haben, als lebenswichtiges Verbot konkludiert zu werden, den Streik zu treten.

Vollständig unrichtig ist die Berichterstattung der „N. Z.“, durch welche der Ansehen erweckt wird, daß der Angelegenheitsausschuß der Städtischen Elektrizitätswerke sich in einem Gegensatz zur Streikleitung befindet. Die übergroße Mehrheit der Angehörigen der Städtischen Elektrizitätswerke steht fest hinter den Forderungen der Streikenden und ist gewillt, dieselben in jeder Weise zu unterstützen.

H. H. Heubrich,
Obmann des Angelegenheitsausschusses der Städt. Elektrizitätswerke,
gez. H. Leh, Stellvertretender Obmann.

Einigungsversuche im Bankbeamten-Streit.

Im Siemenshaus in der Schöneberger Straße traten am gestrigen Mittwoch nachmittags Vertreter der Bankbeamten und der Bankleitung zusammen, um unter dem Vorsitz des Ingenieurs Rüdemann als Vertreter der Regierung die abgebrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen.

Im Namen der Streikenden legte Smonts noch einmal vor, aus welchen Gründen die Bankbeamten das Mitspracherecht bei Kündigungen, Entlassungen und Beförderungen wünschten. Er führte noch weiter aus, daß ein Reichstaxi zu schaffen sei, nach welchem Angestellte von 30 Jahren ein Mindesteinkommen von 4200 M. erhalten, das sich dann weiter steigern, und einem 50jährigen Angestellten 15 000 M. Mindestgehalt garantieren. Für Unterbeamten werde ein Mindesteinkommen von 4200 M. verlangt. Beihilfen sollen im dritten Jahr ihrer Lehrtätigkeit 2100 M. Gehalt begeben. Außerdem wünschten die Streikenden drei freie Tage zu Ostern, Pfingsten und Weihnachten, Bezahlung der Ueberstunden mit 3 M. feste Urlaubsregelung. Bei dem Reichstaxi sollen bestimmte Urlaubstage eingeräumt werden als Abgeltung für die in der Provinz tätigen Bankbeamten.

Dr. Mosler betonte, daß der neugebildete Arbeitgeberverband lediglich zu dem Zwecke sich konstituiert habe, um einen festen Tarifvertrag zu schaffen und Streitigkeiten aus der Welt zu bringen. Einen Reichstaxi könne man aber aus verschiedenen Gründen nicht bewilligen, da für die Beihilfen und Nebengebühren der Banken zum Teil ganz andere Verhältnisse in Frage kämen. Ueber die Urlaubsfrage werde man sich verständigen. Fürstberg führte aus, daß die Bankbeamten gern der Aufforderung der Bankleitung, die so notwendige Ordnung wieder herzustellen, bereit seien, nachzukommen, aber sie vermühten den guten Willen dazu auf der Gegenseite. Das Mitspracherecht bei Entlassungen solle nach den Verordnungen derjenigen verbleiben, die jetzt bei dem Zustand eine führende Rolle spielen. Das Mitspracherecht bei Neueinstellungen verleihe das Einschmelzen von Protektionen Kindern, die den allerbährtesten Beamten den Aufstieg erschweren.

Die Verhandlungen spitzten sich teilweise recht persönlich zu, so daß der Vorsitzende Rüdemann schließlich vorschlug, den Gegenstand der Verhandlung zu teilen und zunächst lediglich eine Besprechung über das Mitspracherecht, später eine solche über Reichstaxi zu veranstalten. Die Bankleiter hielten ein Einspruchsrecht bei Einstellungen und Beförderungen für prinzipiell undiskutabel. Infolgedessen endigte die Versammlung nach langen Debatten, ohne einen nennenswerten Erfolg zu haben.

Solidarität für die Bankbeamten.

In einer Betriebsversammlung der Dresdner Bank, die von über 2000 Angestellten besucht war, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammlung hat mit Bestürzung Kenntnis genommen von der Willkür und anderer Verstoßgruppen, unsere gerechte Forderung um das Mitspracherecht durch Eintritt in den Sympathiestreit zu unterstützen. Sie fordert die Organisationen und die Zentralstreikleitung der Bankbeamten auf, zur Herbeiführung eines gemeinsamen Vorgehens in der Frage des Mitspracherechts mit den Vertretern der im Streit befindlichen Angestelltenverbände Verhandlungen anzubahnen.“

Da auch die Angestellten anderer Großbanken eine gleichlautende Resolution beschließen haben, sind von den entsprechenden Instanzen diesbezügliche Schritte bereits eingeleitet worden.

Solidaritätserklärung der Dresdner Bankbeamten.

Nachdem das am Dienstag nachmittags abgelaufene Ultimatum an die Dresdner Banken ergebnislos geblieben ist, haben die Dresdner Bankangestellten in einer Versammlung mit allen die Dresdner Stimmen sich mit den Berliner Kollegen solidarisch erklärt, um sich so die Forderungen der Berliner Angestellten auf Gewährleistung des Mitspracherechts und hinsichtlich des Reichstaxi zu eigen zu machen. Sofort nach Aufhebung des Streikrechts soll in Verbindung der Solidarität die Arbeit solange niedergelegt werden, bis diese Forderungen restlos erfüllt worden sind.

Bankbeamtenstreik in Chemnitz.

Chemnitz, 16. April.
Die streikenden Bankangestellten sind heute in den Ausstand getreten. Sämtliche Banken haben geschlossen.

Vollversammlung der Berliner Soldatenräte.

Demonstration der Kriegsverletzten.
Die gestern im früheren Herrenhause abgehaltene Sitzung der Soldatenräte Berlins beschäftigte sich mit dem Rückzug und den Rekruten zum Volksgesundheitsamt. Während einer Geschäftsbesprechung, mit der die Tagung eingeleitet wurde, erschienen plötzlich

50 Kriegsverletzte
auf Säcken und Rufen sich hörend, als Delegierte von verschiedenen Lazareten. Auf dem Internationales Bund der Kriegsverletzten und Kriegshilfsvereinen schilderte in ergreifenden Worten die Leiden derselben und die Angelegenheit, die sowohl in Bezug auf Wohnung und Unterhalt, wie auf Ernährung und Bekleidung zwischen den Lazarettinsassen und den freiwilligen Kranken Offizieren besteht. Die Deputation verlangte, daß öffentliche Gebäude, insbesondere Schlösser, die nur teilweise oder völlig unbenutzt sind, für die Kriegsverletzten bereitgestellt werden. Die Ausführungen des Führers der Deputation fanden hiesigen Beifall. Rolfenbüttel, der die Versammlung leitete, bemerkte dazu, daß die Soldatenräte nach ihren Kräften für die Rechte der Kriegsverletzten eintreten würden.

Darauf wurde in die Verhandlungen eingetreten und auf Antrag der Rechtsozialisten zunächst die

Rekruten zum Volksgesundheitsamt
vorgenommen. Es wurden abgegeben 51 Stimmen für S. P. D. und 53 für die U. S. V. D. Gewählt sind somit drei Vertreter der S. P. D. (Mollenhuth, Speithmann, Wotwood) und zwei Mitglieder der U. S. V. D. (Zoll, Albrecht). Auf die Vollversammlung der U. S. V. D. entsaßen 39 solidarisches Vertreter der S. P. D. und 35 Angehörige der U. S. V. D.

Der Bericht über den Rückzug

erhieltte Stoll. Er würdigte den Verlauf derselben und betonte zum Schluß, die Einigung des Proletariats habe der Kongreß zwar nicht vollzogen, aber es habe sich doch eine bedeutende Annäherung der Parteien an die Ziele gezeigt.

An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Bericht schloß sich eine längere Debatte, in der eine gewisse Unzufriedenheit mit dem Resultat des Kongresses zum Ausdruck kam. Insbesondere wurde debattiert, daß der Kongreß nicht zu den erforderlichen Entlohnungen am 1. Mai und zu der sozialen Umwandlung des Arbeitsministeriums Stellung genommen habe.

Den Rechtsozialisten redete Albrecht ins Gewissen, in ihrer Partei dafür zu sorgen, daß ihre Führer in der Regierung die Beschlüsse des Kongresses anerkennen, insbesondere den Reichssoldatenrat.

Es wurde dann noch einstimmig dagegen Protest erhoben, daß den Offizieren das Vorschlagsrecht vom Dezember ab gezählt worden ist.

Gewerkschaftliches.

Der Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin, hielt am Dienstag eine außerordentliche Generalfversammlung ab. Kollege Glöde berichtete zunächst über die Lohnbewegung, die in einzelnen Betrieben zu Streiks geführt habe. Da der Reichstaxi noch in Kraft ist und zentrale Verhandlungen bevorstehen, verlangen die Unternehmer die Einstellung der Lohnlämpen. In diesem Falle würden sie bis zum Abschluß des neuen Tarifs eine Lohnrückbildung von 25 Pf. pro Stunde gewähren und wenn der neue Tarif einen höheren Lohn bringt, bis zum 1. April die Differenz nachzahlen. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, auf der Grundlage eines Mindestlohnes von 2,80—3,00 M. je nach Art der Branche, die Verhandlungen fortzusetzen, ausschließlich der von den Unternehmern ausgesetzten Zulage von 25 Pf. Stundenlohn.

Die Versammlung beschäftigte sich dann mit den Anträgen zum Verhandlungsplan. Die Debatte bewegte sich im Sinne der in der vorherigen Zentralversammlung gefassten Beschlüsse, die sich gegen die Politik der Gewerkschaftsleitungen wenden und für die Durchsetzung der Gewerkschaften mit sozialdemokratischem Geist sowie die Rückkehr der Gewerkschaftsprojekte zum Klassenkampf forderten. Die Stellungnahme zu den einzelnen Anträgen wurde den Delegierten überlassen.

In einer Versammlung der Bauanschläger am 13. April schilderte der Branchenleiter Kollege Rattich anschließend an den Bericht von der erweiterten Betriebskommission in Stuttgart, welche Gefahren für die gesamte Arbeiterklasse bestände, wenn die geplante Arbeitsgemeinschaft Gesetz würde. Auch Kollege Laos betonte in der darauf folgenden Diskussion, daß unter allen Umständen versucht werden müßte, diese Arbeitsgemeinschaft, die dazu angetan ist, die Arbeiterklasse restlos dem Kapitalismus auszuliefern, mit allen Mitteln zu bekämpfen. Es gelangte dann eine Resolution zur einstimmigen Annahme, die sich gegen die Arbeitsgemeinschaften ausspricht und die Politik der Gewerkschaftskommission verurteilt. Von dem Gewerkschaftskongreß wird gefordert, daß mit den Vertretern dieser Politik gründlich aufgeräumt wird und daß dafür gesorgt wird, daß das Rätesystem zur durchgreifenden Macht gelangt. Eine zweite Resolution, die einstimmig angenommen wurde, lehnt ein Zusammenarbeiten mit ehemaligen Angehörigen der Kollgarde ab.

Die Laden- und Konformitätsstreiker sind in einigen Betrieben in den Streit getreten, da die dortigen Löhne ganz unzureichend sind. Darunter befindet sich die Firma Mahn in der Brunnenstraße, wo noch Wochenlohnbedienstete von 71. 55 und selbst 48 Mark vorhanden sind. Der Durchschnittslohn beträgt 92 Mark. Gehaltliche Verhältnisse herrschen bei der Firma Richter und Scherler. Die Streikenden fordern Abschaffung der Kollarbeit; die Kollegen der Branche setzen geschlossen hinter ihnen.

Zum Streit im Spandauer Bekleidungsamt wird gemeldet, daß die Zahl der Streikenden bei dem Bekleidungsamt des 2. Armeekorps zugenommen hat. Von den 2000 Arbeitern und Angehörigen streikt die Mehrzahl. Die Schneider- und Schuhmacherbetriebe stehen so gut wie still und es ist zu Tüchtigkeiten gekommen. Die Leitung des Amtes hat eine Verordnung erlassen, monoch alle Arbeiter, die bis heute früh nicht zur Arbeit zurückkehren, zuerst zur Entlassung kommen werden, wenn das Amt in der nächsten Zeit verkleinert wird. Die verlassenen, plenen die Angestellten bei den Deeresverhältnissen in Spandau für den Fall eines Generalstreiks der Angestellten einen Sympathiestreit.

Verordnung des Streiks bei Wilmers. Die Arbeiter der Wilmers-Aktien-Gesellschaft erklären hiermit den Streit für beendet, da ihre Forderungen entsprechend bewilligt sind.

Achtung! Anrer-Dremle. Lohnzahlung Donnerstag 1 Uhr. Beerdigung des Kollegen Peters Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr. Lichterberg. Rückzuge. Die Funktionäre. Deutscher Handwerkerverband (Verwaltungsstelle Berlin). Freitag, nachmittags 4 Uhr: Generalfversammlung bei Haverland, Neue Friedstraße 35.

Gewerkschaftsarbeit der Bekleidungsindustrie. Die Obleute der Angestelltenvereine beziehungsweise Personalvertrauensleute, versammeln sich Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, im katholischen Vereinshaus, Niedermwallstr. 11. Thema: Mitspracherecht der Angestellten und Stellungnahme zum Angestelltenstreik. — **Vollversammlung aller Mitglieder, Freitag, vormittags 10 Uhr, im Circus Busch. Thema: Mitspracherecht der Angestellten und Stellungnahme zum Angestelltenstreik. Der Kartellverband.**

Streikleitung der Firma Otto Jochmann, Poststraße, Deute, Donnerstag, früh 8 Uhr. Versammlung aller Angestellten im Streikklub „Sörbes, Schornstraße.“

Obrenstein u. Roppel. Vollversammlung der Angestellten anstatt Donnerstags, vormittags 10 Uhr, nachmittags 3 Uhr, Kommerzialg. Teltowstr., Ecke Belle-Alliance-Straße.

Siemens-Angestellte, Verwaltungsgebäude, Donnerstag, vormittags 11 Uhr, Versammlung im Volkshaus, Charlottenburg, Rosinensstraße. Tagesordnung: Die Streiklage.

- Die Zentralstreikleitung der Angestellten der Waren- und Kaufhäuser und Spezialgeschäfte Groß-Berlins gibt die Streikliste in den einzelnen Bezirken wie folgt bekannt:
- Bezirk Osten: St. Franziskaner Str. 29 b. Bölling, Rpt. 900.
 Norden: Brunnenstr. 179 b. Lederer, Rpt. 2350.
 Süden: Gräberstr. 8 b. Soldner, Rpt. 1000.
 Zentrum: Konstr. 6 b. Sasse, Rpt. 7448.
 Südwest: Tempelhofer Ufer 4 b. Scharr, Rpt. 1841.
 Leipziger Straße: Krausenstr. 2265 b. Häbel, Rpt. 11001.
 Charlottenburg: Passauer Straße 5. Gerbis, Rpt. 911.
 Alexanderplatz: Silbersch., Ede Nutze 5. Hefe.
 Haupt-Streikbureau: Haverlands, Berlische, Neue Friedstraße, Zimmer 3.
 Sämtliche Kollegen und Kolleginnen haben sich den Streik-Vertrag zur Verfügung zu stellen, die ihren Geldüberweisungen am nächsten liegen. Dort sind auch sämtliche Nachrichten entgegenzunehmen. Die Streikleitung

Warenhausangestellte. Heute mittag 1 Uhr Besprechung aller Angestellten der Kaufhäuser in der Straße.

Die Obleute der Warenhausangestellten Groß-Berlins treffen sich Donnerstag, vormittags 10 Uhr, im Zentralstreikklub, Haverlands, Berlische, Neue Friedstraße 35, außerdem sämtliche Streikleitungen, die im Besitz von gedruckten Ausweiskarten sind, zur gleichen Zeit im Hauptsaal von Haverland & Berlische.

Achtung! Obleute der Holz- und Möbelindustrie und des Gewerks. Der bei Landré versammelte Fünfer- und Zehner-Ausschuß der Holzgruppe 11 gab einstimmig seine Sympathie den Streikenden kund. Sämtliche Obleute und Vertrauensleute der Gruppe versammeln sich am Donnerstag, nachm. um 5 Uhr, im Weidenbushaus, Friedstraße 176. Es ist Pflicht eines jeden Obmannes und Vertrauensmannes, zu dieser außerordentlich wichtigen Versammlung zu erscheinen, da Stellung zum allgemeinen Streik genommen werden soll. Urabstimmung in den Betrieben vornehmen und Resultat schriftlich mitbringen!

Alle Obleute der Angestelltenvereine, die einer Holzgruppe beim Zentralauschuß noch nicht angeschlossen sind, geben ihre Adresse zwecks Anschluß an die Holzgruppe 10 (Berlische) sofort beim Zentralauschuß der Angestelltenvereine Groß-Berlins, Rpt. 32, Berlische 7, an. Wo noch keine Ausschüsse bestehen, Vertrauensleute aufgeben!

Beerdigung Angestellte Groß-Berlins: Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, Sophien-Ecke, Sophienstr. 17-18, Obleuteleitung. Tagesordnung: Mitbestimmungsrecht.

Die Zentralstreikleitung der Bankbeamten teilt mit, daß am heutigen Donnerstag behufs Berichterstattung folgende Versammlungen stattfinden: Nachmittags 2 Uhr im großen Saal der Philharmonie von der Disconto-Gesellschaft und nachmittags 3 Uhr in Haverlands, Berlische (Luisen-Saal) von der Mittel-deutschen Creditbank.

Disconto-Gesellschaft. Für die gesamte Angestelltenchaft der Disconto-Gesellschaft findet am Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, eine Informationsversammlung statt. Die Streikleitung bittet, die Teilnahme auszuweisen mitzubringen.

Commerz- und Disconto-Bank. Betriebsversammlung Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Saal 4. Die Streikleitung.

Groß-Berlin.

Als Anerkennung.

Die Eisenbahndirektion Berlin sandte uns kürzlich eine Zuschrift, in der besprochen wurde, daß den arbeitswilligen Eisenbahnarbeitern, die während des Eisenbahnstreiks gearbeitet haben, besondere Auszeichnungen gemacht worden seien. Vor uns liegt heute ein Schreiben der Eisenbahndirektion mit folgendem Wortlaut:

Eisenbahndirektion Berlin, den 10. April 19.
 L. Z. 82b
 An den Herrn Oberbahnhofverwalter Vörrichlag Bahnhof Zentralviehhof.

Für Ihre besonderen Bemühungen um die Aufrechterhaltung des Betriebs während der Streikzeit und für das Aushalten auf Ihrer Dienststelle während der Anruhen trotz großer Gefahren soll Ihnen als Anerkennung ein Paket guter preiswertes Lebensmittel zugewandt werden.

Das Paket enthält:

8 Pfd. Weizenmehl	je Pfd. 1 M. =	8 M.
3 „ Erbsen	„ „ 1 „ =	3 „
2 „ Weizenroggen	„ „ 1 „ =	2 „
2 „ ger. Speck	„ „ 1 „ =	2 „
90 Mark.		

Sie wollen das Paket am Sonnabend, den 12. d. Mt., von unserem Lagerverwalter, Werkmeister Marx, Lager der E. D. Halle 3 am Ost-Bahnhof, persönlich gegen sofortige Bezahlung in Empfang nehmen. Wir ersuchen, die Angelertheit streng vertraulich zu behandeln.

gez. Oppermann.

Im weiteren mu. den noch 19 Personen, darunter Rechnungs- räte, Oberverwalter und Vorsteher, mit diesen Paketen bedacht. Diese Herrschaften bedürfen natürlich besonderer Auszeichnungen. Wieviel solcher „Anerkennungen“ sind zur Aufgabe gelangt? Wieviel sagt uns die Eisenbahndirektion darüber Näheres? Die obige Verfügung wurde einer Funktionäerversammlung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes unterbreitet und dort mit großer Erregung entgegengenommen und Protest erhoben.

Gegner der „Freiheit“.

Die Angriffe gegen Händler, die die „Freiheit“ feilboten, wiederholen sich immer, nach einem unserer Zeitungsvendeläufer wird uns folgendes berichtet:

„Dente (Mittwoch) früh gegen 17 Uhr fuhrten wir im Zuge nach Spandau und verkauften unterwegs „Die Freiheit“. Bei der Ankunft auf dem Hauptbahnhof Spandau wurden wir von zwei Soldaten der Reichswehr verhaftet, gleichfalls wurde uns ein Teil der Zeitungen aus der Hand geschlagen. Wir wurden zur Polizeiwache Spandau gebracht und dort bis 12 Uhr mittags festgehalten. Andere Händler, welche nur die „Morgenpost“ oder den „Vorwärts“ im Zuge verkauften, wurden nicht belästigt. Es scheint daher nur auf eine Schikane gegen die „Freiheit“ abgesehen zu sein.“

In Berlin ist uns, nachdem wir uns beim Polizeipräsidenten beschwert hatten von einer Verhaftung der die „Freiheit“ vertretenden Händler nichts weiter bekannt geworden. Jetzt geht die Debe schwebend in den Vororten los. Wir sind nicht optimistisch genug, um anzunehmen, daß die Militärbehörde das Verhalten der betreffenden Soldaten rügen wird, wenn wir es natürlich auch mit allem Nachdruck verlangen. Wir lenen aber bei der Spandauer Polizeibehörde Verwahrung dagegen ein, daß die Händler aus nichts und wieder nichts aus ihrer persönlichen Freiheit heraus werden, indem man sie hundenlang einsperrt. Wir erwarten, daß dieser Protest berücksichtigt wird und den Polizeibeamten die nötigen Verfassungsmahnahmen gegeben werden.

Bevorzugte Schenkleute. Gestern morgen wurde in der Nähe der Gipsstraße durch Polizei Herdweisch beschlagnahmt; nachmittags ist daselbst in der Gipsstraße verkauft worden zum Höchstpreis. Während des Verkaufs kamen nach und nach 7-8 Schenkleute, hielten sich das gute Herdweisch fort; der Rest wurde an das Publikum verkauft. Darüber herrschte große Empörung. Die Schenkleute wurden unverkündet und benommen, die Frauen wählten überhaupt erst militärisch ausgebildet werden, damit sie in der Lage wären, richtig zum Verkauf anzutreten.

Internationaler Bund der Kriegsverletzten und Kriegshilfsvereine. Delegierte Charlottenburg, Freitag, nachmittags 10 Uhr.

Zus den Organisationen.

Volksbühne, Theater und Vergnügen. Volksbühne, Theater am...

Lebensmittellieferanten.

Die Zeit für die Reorganisation der Lebensmittel...

Berlin. Die Abteilung für Lebensmittel...

Spezial-Druckerei...

130 Gramm Gefrierfleisch mit Knochen...

Ungl. im Sommer...

Spiele und Sport.

Veranstaltungen für die Saison...

Theater und Vergnügen.

Volksbühne, Theater am...

Opernhaus...

Schauspielhaus...

Deutsches Theater...

Kleines Schauspielhaus...

Lessing-Theater...

Residenz-Theater...

Rose-Theater...

Walhalla-Theater...

Casino-Theater...

Wintergarten...

Volkoper...

Piano...

Film-Palast. Eröffnungs-Vorstellung...

Das Kavalermäuschen...

Film-Palast. Kinematographische Massenaufnahmen...

Grammophon-Spezialhaus...

Spezial-Arzt f. Geschlechtsleiden...

Achtung! Knorr - Bremse. Lohnzahlung: Donnerstag 1 Uhr.

Deutscher Fländlerverband. Verwaltungsbüro Berlin.

Wollen Sie gefilmt werden, dann seien Sie heute Nachmittag 2 Uhr vor dem Film-Palast...

Gruppe Lankwitz. Kommunistische Partei Deutschlands.

Wilhelm Richter. Mit seiner außerordentlichen Tätigkeit...

Arbeitsbund für Werbelehre. 2 neue Broschüren von E. E. Hermann Schmidt.

Piano-Adam. Pianos, Stutzflügel, Harmonien. Münzstr. 16.

Steglig. Hermann Bernsee, Mommenstr. 59.

Der Zeitgeist. Gesellschaftliche Blätter für den westdeutschen Arbeiter.

Geschlechtskrankheiten. Spezialarzt Dr. med. Karl Reinhardt.

Zähne. D. A. Löser Junior, jetzt nur Eisasser Str. 39.

Kleine Anzeigen. Harmonium, Klavier, Platin.

Spezialarzt Dr. med. Haeckel. Zahnärztliche Behandlung.

Spezialarzt Dr. med. Haeckel. Zahnärztliche Behandlung.